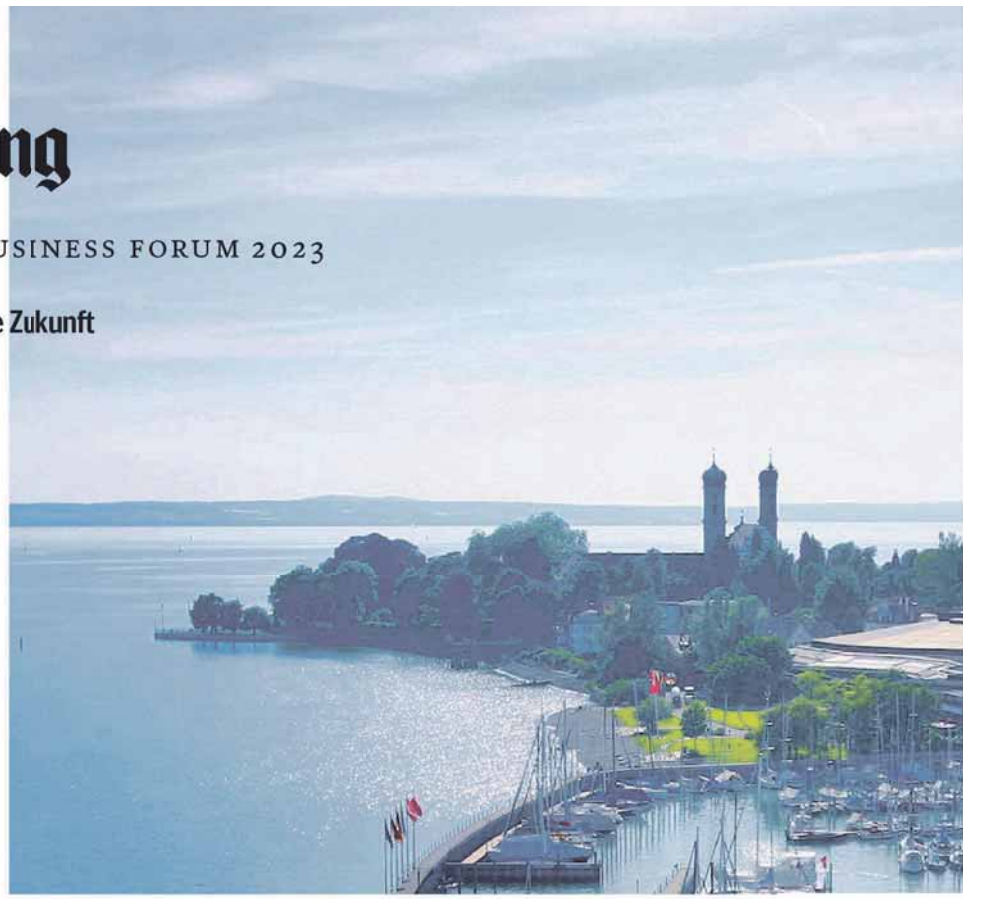


Schwäbische Zeitung

SONDERVERÖFFENTLICHUNG ZUM 6. BODENSEE BUSINESS FORUM 2023

Vernetzen statt verzweifeln – Chancenreich in die Zukunft
Graf-Zeppelin-Haus, Friedrichshafen

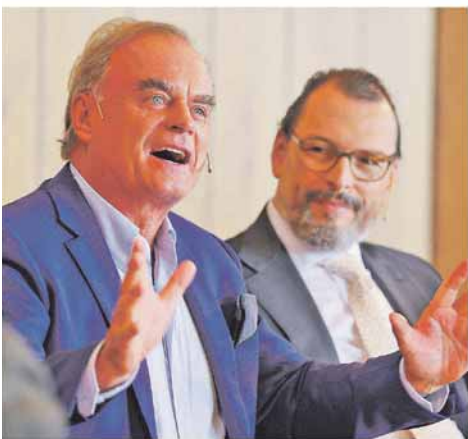
FOTOS: STEFAN TRAUTMANN, ARMIN BUHL UND ACHIM MENDE



Für viele Menschen hat es den Anschein, dass in den vergangenen Jahren die Probleme auf lokaler, regionaler bis hin zur globalen Ebene nicht kleiner, sondern erheblich größer geworden sind. Die Folgen der Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, Inflation, Künstliche Intelligenz, Klimawandel sind nur einige Stichworte, die aufzeigen, dass die Welt vor enormen Herausforderungen steht. Diese anzunehmen, heißt aber auch, Gefahren in Möglichkeiten zu wandeln. Mit Pessimismus kommt niemand weiter. Der Weg der Autokratisierung ist der falsche. Wer Frieden will, kämpft um und für die Demokratie, die uns auf diesem Kontinent Stabilität und Wohlstand gebracht hat.

Allen Unkenrufen zum Trotz:
Es lohnt sich!

Dr. Hendrik Groth
Editor at large



Gesamte Berichterstattung auf Schwäbische.de



Mit freundlicher Unterstützung von:



Weltweit steckt die Wirtschaft, auch infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, in einer schwierigen Situation. In Deutschland wird es in diesem Jahr kein Wachstum geben. In Friedrichshafen wurde sehr viel über die Konsequenzen gesprochen – und über die neuesten Entwicklungen.

„Dunkle Wolken“ über dem Südwesten

ZF-Vorstand sieht Wirtschaftsstandort in Gefahr und kritisiert überbordende Bürokratie

Von Katja Korf

FRIEDRICHSHAFEN - Zu viel Bürokratie, zu viel politisches Hin und Her: Angesichts der deutschlandweit schrumpfenden Wirtschaft haben Vertreter aus Unternehmen und CDU am Donnerstag in Friedrichshafen die Ampelregierung aufgefordert, überbordende Regeln abzuschaffen und Planungssicherheit zu schaffen. Sonst sei auch der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg auf Dauer gefährdet. Nach aktuellen Prognosen schrumpft die deutsche Wirtschaft im laufenden Jahr um 0,6 Prozent. „Wir leben in einer Welt der Verbote und Regularien, dabei brauchen wir eine Welt der Anreize und der Technologieoffenheit“, sagte Peter Laier, Vorstandsmitglied der ZF Group beim Bodensee Business Forum im Graf-Zeppelin-Haus in Friedrichshafen. „Wir beschäftigen in Baden-Württemberg 10.000 Menschen, deutschlandweit 55.000. Die Welt ist unser Zuhause, Friedrichshafen unsere Heimat.“

Bislang habe man weniger Standorte und damit auch Jobs ins Ausland verlagert als andere Unternehmen in der Automobil-



Engagierte Debatte unter Leitung von Ralph Sina (l.). FOTO: STEFAN TRAUTMANN

und Zuliefererbranche. Daran wolle ZF grundsätzlich festhalten. Sollte man aber wegen der Rahmenbedingungen in Deutschland und Baden-Württemberg nicht mehr wettbewerbsfähig produzieren können, „müssen wir auch an anderen Lösungen arbeiten“.

Noch seien die Auftragsbücher der von Laier verantworteten Sparte für Nutzfahrzeug- und Industrietechnik gut gefüllt, „aber

wir sehen dunkle Wolken am Horizont“. Manuel Hagel, Fraktionsschef der CDU im baden-württembergischen Landtag und Andreas Stoch, sein SPD-Amtskollege, teilten die Besorgnis über die Schwäche der Wirtschaft und die Herausforderungen, vor denen diese durch den Umbau zu klimaneutraler Produktion steht. Hagel konstatierte, als Exportland treffe Baden-Württemberg jeder Abschwung noch einmal stärker.

Aber, so warnte der Ehinger Politiker: „Wir müssen stark aufpassen in unserem Land, dass wir nicht zu Jammerlappen werden. Wenn es Probleme gibt, klebt man sich nicht fest, sondern bewegt sich und löst sie.“ Die aktuellen Probleme seien hausgemacht. Hagel betonte aber selbstkritisch: „In den letzten Jahren hat ja jede Partei dieses Land mal regiert, von Fehlern kann sich niemand freisprechen.“

Die CDU regiert in Baden-Württemberg seit 2016 als Juniorpartner der Grünen, zuvor von 1953 bis 2011 stellte sie die Ministerpräsidenten. Hagel kritisierte, die Ampel-Regierung im Bund setze derzeit mit Themen wie einer Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich oder höherem Bürgergeld die falschen Prioritäten. „Wir müssen nicht immer nur über Verteilungsgerechtigkeit sprechen, sondern die Leistungsgerechtigkeit.“ Der Staat müsse deregulieren und auf die Menschen vertrauen, um Innovationskraft und Wirtschaft zu stärken.

Der Heidenheimer SPD-Politiker Stoch, dessen Partei im Land in der Opposition ist und im Bund mitregiert, kritisierte unter an-

derem den grünen Landesverkehrsminister Winfried Hermann. „Wer sagt, die Volkswirtschaft hänge zu stark vom Automobil ab, den würde ich gerne zu den Menschen schicken, die in der Autoindustrie arbeiten.“ Die wichtigste Zukunftsfrage sei die Zukunft der Arbeitsplätze. Gerade die Industrie stehe vor massiven, investitionsintensiven Umstrukturierungen. Hier müsse die Politik mit gezielten Subventionen Industriebetriebe unterstützen, um Jobs zu sichern. „Die Antwort auf diese Fragen sind entscheidend für die Zukunft des Industriestandorts Baden-Württemberg.“ 20 Prozent der Volkswirtschaft hingen unmittelbar vom produzierenden Gewerbe ab. Der Weg hin zu erneuerbaren Energien sei notwendig. „Wir müssen in Baden-Württemberg ein Modell für diese Transformation entwickeln, ein Modell, das wir in die ganze Welt exportieren können und wieder stark macht im Export.“

Die anhaltenden politischen Debatten und Kurswechsel in Fragen von Energiesicherheit und Wirtschaftspolitik hätten auch massive Folgen auf die Gesellschaft, konstatierte Ursula

Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung in Tutzing. Ein Beispiel: Einerseits würden die AKW abgeschaltet, andererseits müssten klimafeindliche Braun- und Kohlekraftwerke wieder ans Netz. Man stehe vor Fachkräftemangel und Wirtschaftskrise, schaffe aber etwa mit Regeln zur Arbeitszeiterfassung neue Zwänge für Unternehmen. „Es bedarf keines großen rhetorischen Talents von Extremisten, diese Widersprüche aufzudecken und sie nutzen, um unsere Demokratie und unsere Gesellschaft auseinanderzutreiben“, sagte Münch auch mit Blick auf die Umfrageergebnisse der AfD.

Die kommt bei aktuellen Umfragen in Baden-Württemberg auf 20 Prozent der Stimmen. Sie liegt damit nur noch knapp hinter den Grünen, die auf 22 Prozent bei der Sonntagsfrage von „Stuttgarter Zeitung“ und SWR kamen. Derzeit stärkste Kraft wäre bei einer Landtagswahl die CDU mit 29 Prozent. „Ich wünsche mir auch mehr erneuerbare Energie. Ich sehe aber aktuell die große Gefahr, dass Unternehmen und Bürger das Vertrauen in die Politik verlieren“, so Münch.



Besuchen Sie uns in Carthago City

- Große Verkaufsausstellung Carthago, Malibu Van und Reisemobile
- Test&Rent Vermietstation
- Werksbesichtigungen

Faszination Carthago

Internationale Spitzenklasse aus der Wirtschaftsregion Oberschwaben: Die Carthago Gruppe in Aulendorf ist Europas Nummer eins für Premium-Reisemobile.

Bodenständig und gleichzeitig weltoffen, das ist Carthago Kultur. Mit dem Firmensitz Carthago City in Aulendorf sind wir unseren Wurzeln treu geblieben. Neben der Fertigung unserer Premiumklasse-Reisemobile sind hier eine große Verkaufsausstellung, ein Servicecenter sowie die Unternehmenszentrale konzentriert.

Werfen Sie einen Blick hinter die Kulissen und nehmen Sie an einer der täglichen Werksbesichtigungen teil. Anmeldung unter www.carthago.com



carthago
Das Reisemobil.

Carthago Reisemobilbau GmbH • Carthago Ring 1 • 88326 Aulendorf
info@carthago.com • www.carthago.com

Mensch und Maschine

BBF-Debatte über Künstliche Intelligenz und Gerechtigkeit

Von Dirk Grupe

FRIEDRICHSHAFEN - Künstliche Intelligenz (KI) wird unser Leben verändern, so viel steht fest. Doch kann KI auch unser Gerechtigkeitsempfinden befriedigen? Und was ist KI überhaupt, wie Moderatorin Kinza Khan (Akademie für Politische Bildung Tutzing) auf dem BBF-Podium fragte. „KI ist simulierte Intelligenz“, erklärte Frank Rosengart vom Chaos Computer Club. „Man füttert Maschinen mit ganz vielen Datenmengen, daraus entstehen mathematische Modelle, aus denen wieder neue Sachen entstehen.“ Erstaunliches, Nützliches und Unnützes, in Text, Bild und Sprache.

Mit welchen Daten die Maschinen gespeist werden, bestimmt der Mensch. Womit wir schon bei der Gerechtigkeit sind, wie Jessica Heesen, Professorin für Medienethik und Informationstechnik an der Uni Tübingen, sagte: „Soll KI gerecht sein, ist die Qualität der Daten wichtig. Ich kann zum Beispiel Daten auswählen, die die Bevölkerung repräsentieren, mit zehn Prozent Ausländeranteil. Oder ich konfiguriere die KI so, dass sie divers ist, damit alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten sind.“ Welche Auswahl ist nun gerechter?

Die Urteilskraft des Menschen ist also Grundpfeiler von Gerechtigkeit. Und fehlerbehaftet. In der Medizin verursachen Fehldiagnosen laut einer Studie 30 Prozent aller Todesfälle. Wenn nun aber die KI zu besseren Diagnosen führt, sollte sie dann nicht den Arzt ersetzen? „Ich denke, KI sollte Ärzte und Ärztinnen ergänzen“, sagte Michael Blume, Antisemitismusbeauftragter Baden-Württembergs und Lehrbeauf-

tragter am Karlsruher Institut für Technologie. Weil, so Blume, KI helfen kann, wo es an Zeit für Diagnostik, Lehre oder Pflege fehlt. So auch beim Thema Einsamkeit. „Viele haben niemanden mehr, mit dem sie reden können. In Japan gibt es keine Angst, zu sagen, ich unterhalte mich besser mit der KI als mit niemandem.“

Pflegroboter in menschlicher Anmutung werden schon heute eingesetzt. „In Zukunft wird es persönliche Avatare geben“, erklärte Blume, also künstliche Personen. Die uns morgens den Wecker stellen und Kaffee machen. Mit denen Menschen Beziehungen eingehen werden, weil die Avatare lernen, welche Stimmhöhe auf uns wirkt und wie sie für uns lächeln müssen.

„Wenn der Avatar drauf programmiert ist, zu lächeln und Kaffee zu bringen, ist noch alles gut“, sagte Klaus Löckel, CEO von Siemens Digital Industries Software. „Aber sobald die Gefahr besteht, dass er ein Eigenleben entwickelt, sage ich, stop!“ Weil er sich dann auch über den Willen der Person hinwegsetzen könn-

te. Entscheidend sei dabei aber der menschliche Faktor: „Die Technologie selbst ist nie gut oder böse. Auch KI ist eine neue Technologie, mit sinnvollen Anwendungen. Aber man muss immer genau hinschauen.“ Auch Heesen warnt vor einer „magischen Aufladung“ der KI. „Wir müssen uns immer bewusst machen, dass es Technologien sind, die von Menschen und für Menschen geschaffen wurden, zu bestimmten Zwecken. Man muss immer fragen, zu wessen Wohl ist das gemacht und wer verdient damit Geld.“

Deshalb brauche es Grenzen. Mit Normen, Transparenzrichtlinien und Haftungsregeln, wie die Expertin betont. „Es gibt schon viele Stellschrauben, europäische oder ethische Leitlinien, wo sich KI eingliedern lässt. Wir müssen es nur von Anfang an tun.“ Und nicht erst, wenn es zu spät ist.

Somit birgt die KI Chancen und Risiken. Verhindern aber lässt sie sich nicht, ist Blume sicher, der ans osmanische Reich erinnerte. Dort wurde 1458 der Buchdruck verboten. „Das System blieb dadurch 100 Jahre stabil. Langfristig gesehen, war es aber nicht die beste Idee.“ Gleiches gilt für die KI. „Wir müssen in den Strom reingehen. Aber den Kopf über Wasser halten und kräftig schwimmen.“



„In Zukunft wird es persönliche Avatare geben“, sagt Michael Blume beim BBF-Gespräch „Kann KI Gerechtigkeit?“. FOTO: ARMIN BUHL

Einst galt er als große Hoffnung in den Reihen der Grünen. Manch einer sah in Boris Palmer den potenziellen Nachfolger Winfried Kretschmanns. Mittlerweile ist er parteilos und der wohl bekannteste Oberbürgermeister Deutschlands. Beim BBF sprach der 51-Jährige aus Tübingen wieder einmal Klartext. Grün wiederum soll im Idealfall die Energie der Zukunft sein.

Boris Palmer trifft den Ton beim BBF

Für immer Oberbürgermeister von Tübingen? Journalist Uli Reitz stellt Palmer Fragen, auf die er nicht immer eine Antwort bekommt

Von Erich Nyffenegger

FRIEDRICHSHAFEN - „Begrüßen Sie mit mir Deutschlands bekanntesten Oberbürgermeister“, sagt Uli Reitz, der Chefredakteur des Nachrichtenmagazins Focus war und nun Chefredakteur bei Focus Online ist. Und sofort spürt man: Das Publikum des Bodensee Business Forums in Friedrichshafen klatscht für Boris Palmer anders als für andere Politiker. Es schwingt eine Sympathie im Applaus mit, die Volksvertretern, die weniger polarisieren und sich vorbildlich an das, was man „political correctness“ nennt, halten, oft versagt bleibt. Weil Palmer eben kein begnadeter Eiertänzer ist und auf dem dünnen Eis der Empfindsamkeiten gerne mal kräftig aufstampft, bis es knirscht und schließlich sogar kracht.

Als er auf die Bühne kommt, ist von Stampfen noch nichts zu spüren. Beschwingt könnte man seinen kurzen Weg zum gelben Sofa nennen. Mit entspannter Körperhaltung berichtet Palmer davon, wie er nun mit dem Zug von Tübingen nach Bad Saulgau gefahren sei – und den Rest mit dem Fahrrad an den Bodensee. Das lie-



Boris Palmer spricht auf dem Bodensee Business Forum über Migration und den Parteiaustritt bei den Grünen.

FOTO: STEFAN TRAUTMANN

ge an den „Empfehlungen der Bahn“, die früher mal Fahrplan heißen hätten.

Womit das Podium bereits in der launigen Vorrede etwas vom derzeitigen gesellschaftlichen Klima gespiegelt bekommt, in dem die Unzufriedenheit allgegenwärtig zu sein scheint. Und damit die Frage, was denn im Moment der größere Dringlichkeit und Wichtigkeit unterscheidet“, sagt Boris Palmer, der die Klimafrage

vielleicht für wichtiger hält, die derzeitige Situation der Migration aber für dringlicher. Wobei Reitz den Ball für den Oberbürgermeister auf den Elfmeterpunkt legt, wenn er ihn nach dem Vorankommen der Klimaziele in Tübingen fragt und wissen möchte, ob in Palmers Stadt das Weltklima gerettet werde. Seine Antwort: „ja und nein.“ Die Ausrede mit den zwei marginalen Prozent, die Deutschland zum weltweiten CO₂-Ausstoß beitrage, und damit sowieso nichts ausrichten könne, dürfe man nicht durchgehen las-

sen. Denn: „Wenn alle sagen, wir können es nicht retten, dann wird es auch nicht gerettet.“ Wichtig sei vor allem, ob es möglich ist, Wohlstand und Klimaschutz zu verbinden. „Selbst in katholischen Landstrichen wachen die Leute nämlich morgens nicht mit dem Gedanken auf, unbedingt Verzicht üben zu wollen.“

Doch was in Tübingen schon relativ gut klappt – ein neues Wohlstandsversprechen mit erneuerbaren Energie – sei auf Bundesebene noch eine ferne Fantasie. Was für Palmer mit dem Gefälle zwischen Hauptstadt und Provinz zu tun habe: in Berlin nicht gehört zu werden und dass die Berliner Politiker zugleich den Schuss nicht gehört hätten, führt das Bühnen-Duo geradewegs aufs gesellschaftliche Minenfeld der Migration. Erst am 20. September kam es in Tübingen zu einem Vorfall, bei dem ein Geflüchteter aus Gambia zwei Polizisten schwer verletzt haben soll. Woraufhin Palmer – bisher erfolglos – um Details zum mutmaßlichen Täter bei Innenminister Stroh und Justizministerin Marion Gentges (beide CDU) gebeten hatte, um sich gegen ein Risiko, das möglicherweise für die Be-

völkerung durch den wieder auf freien Fuß gesetzten Mannes bestimme, wappnen zu können.

Das konkrete Beispiel kommt auf dem Podium aber nicht zur Sprache. Trotzdem zentriert sich das Gespräch auf den Punkt, was im Zusammenhang mit Zuwanderung und Integration sagbar sei und was nicht. Palmer beklagt, dass sich der Rassismusbegriff, wie er ihn einmal gelernt habe, drastisch verändert habe. „Ist es rassistisch, wenn man die Statistik zitiert, in der bestimmte Migranten bei Verbrechen überrepräsentiert sind?“ Eifriger Zwischenapplaus im Saal beantwortet seine Frage. Wenn Politiker sich scheuten, über solche Probleme offen zu reden, wende sich der Wähler eben an Politiker, die nichts anderes täten. Und in der Stille der Wahlkabine werde angekreuzt, was man sich offen wozüglich nicht zuzugeben getraue. Aus Angst, „als Rassist oder Nazi“ zu gelten.

Nach Rassismusbewerfen hatte Palmer im Juni die Grünen verlassen. Als Uli Reitz ihn fragt, wie das denn nun sei für ihn, eben kein Grüner mehr zu sein, wird Palmer kurz nachdenklich und sagt: „Wer so lange dabei war wie

ich und für den Ökologie so wichtig ist – da ist es schon sehr schmerzhaft, so viele Freunde und Erinnerungen aufgeben zu müssen.“ Ob es einen Weg zurück gibt, will Reitz wissen? „Die Frage stellt sich im Moment nicht.“ Wobei Palmer ein solches Comeback durchaus für möglich hält, wie er betont. Sich nun aber anderen politischen Parteien – wie etwa den Freien Wählern oder einer noch zu gründenden Partei der ehemaligen Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht anzuschließen – verneint Palmer klar und kritisiert Hubert Aiwangers Umgang mit der Flugblattaffäre. „Das nehme ich ihm übel und mit so jemandem gehe ich nicht in eine Partei.“ Der Grund sei nicht, was ein damals 16-jähriger Aiwanger womöglich gemacht – sondern wie sich der spätere Minister Aiwanger dazu verhalten habe.

Die Frage von Uli Reitz, ob ein Boris Palmer auch als Bundeskanzler denkbar sei, beantwortet dieser mit einem Kopfschütteln – ohne weiter auf den Kern der Frage einzugehen. Am Ende des Auftritts scheint unter dem tosenden Applaus jedenfalls eines sicher: Die Geschichte des Boris Palmer ist noch nicht zu Ende erzählt.

Energie für die Zukunft

Expertenrunde diskutiert über die Chancen von grünem Wasserstoff

Von Thomas Hagenbucher

FRIEDRICHSHAFEN - Das Thema Wasserstoff wird seit einigen Jahren intensiv diskutiert. Für manche gilt er als Allheilmittel gegen den Klimawandel, andere sehen ihn jedoch selbst als Klimakiller. Fakt ist: Die Umstellung auf erneuerbare Energien ist notwendig, um den CO₂-Ausstoß zu verringern. Deshalb wird es in Zukunft um grünen Wasserstoff gehen, der mithilfe erneuerbarer Energien hergestellt wird. Kann es mit ihm gelingen, dass Industriestaaten wie Deutschland trotz Energiewende ihre Produktion aufrechterhalten können? Dies wurde beim Bodensee Business Forum (BBF) in dem Panel „Grüner Wasserstoff: Zukunft oder doch zu teuer?“ diskutiert.

„Im Moment sind noch 96 Prozent des Wasserstoffs grau – das heißt, sie stammen aus fossilen Quellen“, stellt Moderator Andreas Müller, Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung“, zu Beginn der Diskussion klar. Dies muss sich freilich ändern. „Ohne grünen Wasserstoff keine Energiewende, keine klimaneutrale Zukunft“, betont Markus Baum-

gärtner, Leiter der Wertschöpfungskette Gas bei der Energie Baden-Württemberg (EnBW). Das Schöne sei: Die bestehende Erdgas-Infrastruktur könne zum großen Teil für Wasserstoff weitergenutzt werden. Baumgärtner ist in seiner Funktion für das gesamte Gasgeschäft der EnBW verantwortlich, das auch die Transformation hin zu klimaneutralen Gasen umfasst.

Er geht davon aus, dass in etwa zehn Jahren ein Wasserstoff-Netz in Deutschland stehen kann. „Im Moment sind wir hier aber noch nicht schnell genug“, konstatiert er auch. Genehmigungsprozesse müssten deutlich beschleunigt werden. Das rund 10.000 Kilometer umfassende Kernnetz für Wasserstoff, das bis 2033 gebaut werden soll, koste rund 20 Milliarden Euro. Dazu kommen noch zusätzliche Netzkapazitäten und Quertrassen. Alles in allem seien die Investitionen volkswirtschaftlich absolut gerechtfertigt für eine Infrastruktur für die kommenden Jahrzehnte, bewertet Baumgärtner. Die ersten relevanten Nutzer von grünem Wasserstoff würden sich dann in den Industrien finden, die schon heute

grauen Wasserstoff nutzen, dann folgten Stahl- und Zementhersteller und weitere Unternehmen. Auch in der Stromerzeugung werde grüner Wasserstoff relevant werden, um ab Anfang der 2030er-Jahre das Erdgas in den Gaskraftwerken zu ersetzen.

„Wasserstoff bringt ein enormes Potenzial, aber auch großen Veränderungsdruck mit sich“, sagt Alexander Bonde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt und früherer Landesminister in Baden-Württemberg. Im Moment bestehe ein „Henne-Ei-Problem“: „Bauen wir zuerst die Leitungsstruktur auf oder entwickeln wir zuerst die Wasserstoff-Anwendungen“, ist laut Bonde eine Kernfrage. Ganz entscheidend sei am Ende, wie der Wasserstoff produziert werde. Zudem bleibe auch das Thema Energieeffizienz sehr wichtig.

Aktuell kostet Wasserstoff noch etwa das Vierfache von Erdgas. Doch die Preise würden sich Schritt für Schritt annähern, sind sich die Experten einig. Der Großteil des grünen Wasserstoffs werde in Zukunft aus Ländern kommen, die über sehr viel Wind- und Sonnenenergie oder Wasserkraft verfügen. „Spanien sowie Länder in Nordeuropa und Nordafrika“, nennt Robert Nave als Beispiele. Der Chef von „Green Hydrogen Technology“ aus Augsburg sieht aber auch in Deutschland Potenzial. Sein Unternehmen hat zum Beispiel eine Technologie entwickelt, mithilfe von Klärschlamm, Kunststoff- und Holzabfällen grünen Wasserstoff zu produzieren.

Um zu sehen, wie sich das spannende Thema grüner Wasserstoff weiterentwickeln wird, schlägt Moderator Müller am Ende ein erneutes Treffen genau derselben Runde vor – in sieben und dann erneut in 27 Jahren. „Die genauen Termine entnehmen Sie dann der Tagespresse“, scherzt der Chefredakteur.



Experten sehen Wasserstoff als Teil der Lösung der Klimafrage. FOTO: ARMIN BUHL

ROLLS ROYCE

POWER TO PERFORM

Unsere modernen **mtu**-Motoren spielen eine zentrale Rolle bei der erfolgreichen Gestaltung der Energiewende und bei der Sicherung der Energieversorgung in aller Welt. Sie bieten zuverlässige und effiziente Antriebskraft – in den unterschiedlichsten Industrien und Anwendungen, zu Wasser und zu Land. Zudem elektrifizieren wir unsere Aggregate als Hybridsysteme, bieten batterieelektrische Lösungen sowie Microgrids an, die erneuerbare Energiequellen, Batteriespeicher sowie die Stromerzeugung und Verbrennungsmotoren kombinieren. So unterstützen wir unsere Kunden bei der Erreichung ihrer Wachstums- und Nachhaltigkeitsziele.

www.mtu-solutions.com
www.rolls-royce.com

mtu A Rolls-Royce solution

Zahlreiche deutsche Unternehmen und Konzerne setzen auf Geschäfte mit China. Doch zuletzt wuchs im Westen und besonders in Berlin die Kritik an der dortigen Führung um Xi Jinping. Der schwierige Umgang mit der aufstrebenden Macht in Asien beschäftigte auch die Firmenchefs aus dem Südwesten beim BBF.

Gebremste Aufregung wegen China-Strategie

Wie die Bundesregierung mit dem Reich der Mitte in Zukunft umgehen will

Von Uwe Jauß

FRIEDRICHSHAFEN - Eine mit Spannung erwartete Veranstaltung: Ist die China-Strategie der Bundesregierung wirklich notwendig? Der Moderator Elmar Stumpf versucht darauf eine Antwort zu finden. Auf dem Podium hat er dazu vier hochkarätige Diskutanten. Zu ihnen später mehr. Zuerst soll in den Raum gestellt werden, um was es überhaupt geht. Im Juli stellt die Bundesregierung einen gut 60-seitigen Text zu ihrer China-Strategie vor. Hintergrund sind globale Umwälzungen.

Das Papier folgt der im Vormonat veröffentlichten nationalen Sicherheitsstrategie. Generell heißt es im Vorwort: „Dem wachsenden Wohlstand und den Erfolgen bei der Armutsbekämpfung in China stehen Rückschritte bei bürgerlichen und politischen Rechten gegenüber.“ Es heißt auch: „Chinas Wirtschaftsstrategie ist darauf ausgerichtet, die eigene Abhängigkeit vom Ausland zu verringern und gleichzeitig die Abhängigkeit internationaler Produktionsketten von China zu verstärken.“ Weiter steht geschrieben: „China versucht auf verschie-



Das Podium zur China-Strategie lieferte interessante Erkenntnisse.

FOTO: STEFAN TRAUTMANN

denen Wegen, die bestehende regelbasierte internationale Ordnung umzugestalten. Dies hat Auswirkungen auf die europäische und globale Sicherheit. Gleichwohl ist China ein unverzichtbarer Partner bei globalen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund ist China für die Bundesregierung gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale.“

Was meint nun auf dem Podium der Sinologe Klaus Mühlhahn dazu? Er ist zugleich Präsident der Zeppelin Universität Friedrichshafen. Praktisch hat sich der Wissenschaftler ein Leben lang mit China beschäftigt. Mühlhahn gibt einen kurzen Rückblick, wie es zur heutigen deutschen Sicht auf das Reich der Mitte gekommen ist. Nach Chinas Öffnung in den 1970er-Jahren sei das kommunistische Land zunehmend in die Weltwirtschaft integriert worden. Im Westen habe die Hoffnung geherrscht, das Land könnte sich vielleicht „von seinem Gesellschaftsmodell trennen.“ Wobei Peking aber von Anfang an klargemacht habe, dass dies nicht beabsichtigt sei. Indes „ist China sehr erfolgreich geworden“. Auch Deutschland habe von dieser wirtschaftlichen Entwicklung profitiert. „Je erfolgreicher China wurde, desto schwieriger wurde aber der Umgang mit diesem Land“, sagt Mühlhahn. Man sei zu massiven Konkurrenten geworden.

Mühlhahn sieht in der China-Strategie der Bundesregierung eine ganz konkrete Gefahr: „Die Rivalität wird zu weit getrieben.“ Die Unternehmen würden sich zwischen den Fronten fühlen. Bei ihnen würde sich das Gefühl breit machen, dass ihnen kein politischer Rückhalt mehr gewährt wird. Gleichzeitig würde „eine echte strategische Auseinandersetzung“ mit China nicht stattfinden. Das Strategiepapier sei ein Kompromiss zwischen verschiedenen Standpunkten. Doch die Chinesen würden immer nur herauslesen, dass sie „als Rivalen“

verstanden werden. Tatsächlich, so attestiert Christine Althaus, sei China ein zentraler Akteur bei einer neuen globalen Rollenverteilung.

Die Diplomatin hat als einstige Generalkonsulin der Bundesrepublik in Shanghai Vorort-Erfahrung. Sie weist darauf hin, dass eine wirkliche Auseinandersetzung europäische Länder weniger berührt. Die Konfrontation finde zwischen China und den USA statt. Weshalb sie das Strategiepapier der Bundesregierung als Kompromiss zwischen politischen Sorgen und wirtschaftlichen Bestrebungen einstuft. Sie würde sich dabei aber einen „couragierteren Umgang mit Taiwan“ wünschen, etwa mehr politische Besuche.

Tim Wenniges, Geschäftsführer Europa und International der Unternehmer Baden-Württemberg, warnt davor, das Papier zur China-Strategie überzubewerten. Er selber hat das Land während einer dreijährigen Zeit als Leiter der dortigen Niederlassung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung kennengelernt. Wenniges fordert, Deutschland soll allgemein außenpolitische und wirtschaftliche

Interessen definieren: „Wenn wir aus China rausgehen, müssen wir woanders reingehen.“ Dies sei aber mit Blick auf die ökonomische Bedeutung des Landes schwierig. „Ziehen wir uns zurück“, glaubt er, „wird es Wohlfühlstandeffekte geben.“ Gemeint sind Wohlstandsverluste. Weniges geht mit Blick auf die Wirtschaftskontakte zu China davon aus, dass zumindest die meisten dort tätigen deutschen Unternehmen das Risiko gut kalkulieren können. Sie würden praktisch routinemäßig schauen, dass die Abhängigkeit von China nicht zu groß würde.

Auch Ralf Kircher gibt sich vorerst gelassen. Er leitet das internationale Marketing bei Würth im hohenlohischen Künzelsau. Zuvor war er dreieinhalb Jahre an führender Stelle für Würth-Geschäfte in China mitverantwortlich. Das Strategiepapier ist auch für Kircher „zu allgemein formuliert“. Auf Investitionen von Würth habe dies keine Auswirkungen. Er beklagt aber, dass nach seiner Meinung die Wirtschaft bei diesem Konzept „nicht abgeholt wird“. Es sei vor allem eine politische Positionierung.



STENDER

Simplify complexity
- empower information

Als Systemhaus für Technische Kommunikation und Software-Entwicklung sind wir seit 85 Jahren erfolgreich am Markt und arbeiten für namhafte nationale und internationale Unternehmen aus dem Bereich der Hochtechnologie. Unsere Kunden schätzen uns als leistungsstarken und innovativen Partner. Was uns ausmacht: unsere 85 qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – mit ihrem gewachsenen Know-how sind sie Experten ihres Fachs.



stender-gmbh.de

Wangen im Allgäu | Koblenz | Jena

Nachhaltigkeit erfordert moderne Unternehmensstrategien

Business-Profis diskutieren unterschiedliche Wege für nachhaltiges Wirtschaften

Von Hanna Neuberger

FRIEDRICHSHAFEN - Wie verändert Nachhaltigkeit die Unternehmensplanung? Wie lässt sich diese auch wirtschaftlich vernünftig darstellen? Und welche Rolle spielen neben der ökologischen Nachhaltigkeit die weiteren Dimensionen Soziales und Ökonomie? Darüber diskutierten Business-Profis beim Bodensee Business Forum unter der Leitung von Regio TV Geschäftsführer und Moderator Rolf Benzmann.

Nachhaltigkeit kann eine Chance für Unternehmen sein, wenn sie mit der Wirtschaftlichkeit vereinbar ist. Davon zeigte sich Georg Kofler – ehemaliger ProSiebenSat.1-Chef und bekannt aus der TV-Sendung „Die Höhle der Löwen“ – überzeugt. Hinderlich für ein nachhaltiges und zugleich lukratives Business seien hingegen realitätsferne Auflagen.

„Ich ärgere mich über die ideologischen Kopfgeburten“, sagte Kofler, den das Thema sichtlich umtreibt. Unternehmen seien häufig mit Regularien konfrontiert, die zwar der Nachhaltigkeit dienen sollten, in der Praxis jedoch kaum umsetzbar seien. Damit ein Unternehmen nachhaltig handeln könne, brauche es keine „Bürokratiemonster“.

Laut Karl-Christian Bay, einem Wirtschaftsprüfer und Inhaber einer Kanzlei in Lindau, sind die Unternehmen jedoch in Teilen selbst für die Auflagen verantwortlich. „Letztendlich zwingen

wir den Gesetzgeber zur Regularien, weil wir selbst den Gestaltungsraum nicht nutzen“, sagte er. Ihm zufolge hätten einige Wirtschaftsunternehmen die Chance verpasst, eigenständig Nachhaltigkeitsstrategien zu entwickeln. Auch im Hinblick auf die wachstumsorientierte Unternehmensstrategie widersprach Bay den Ansichten Koflers. Die Erde sei an einem Punkt, an dem die Ressourcen nahezu aufgebraucht sind und Wachstum seine Grenzen erreicht.

Bay spricht sich daher für eine Unternehmensstrategie aus, die im Wesentlichen auf das Gemeinwohl und nicht auf das Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist. Zur Nachhaltigkeit in der sogenannten Gemeinwohlökonomie gehöre auch die Investition in



Für Georg Kofler sind Regularien rund um das Thema Nachhaltigkeit realitätsfremd.

FOTO: ARMIN BUHL

die eigenen personellen Ressourcen und die innovative Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen. Nachhaltigkeit sei demnach auch an soziale Verantwortung und einen gewissen Führungsstil geknüpft. „Wir müssen Barrieren kippen“, sagte Bay.

Wie nachhaltige Zusammenarbeit von Unternehmen aussehen kann, zeigt das Joint Venture Cellcentric. Unter diesem Namen hatten sich die Daimler Truck AG und die Volvo Group 2021 zusammengesetzt, um gemeinsam Brennstoffzellen und nachhaltigen Transport weiterzuentwickeln.

Der Vorteil: Cellcentric kann die jahrzehntelange Erfahrung von gleich zwei der weltweit führenden Lastkraftwagen-Hersteller nutzen. „Um die Klimaziele zu erreichen, haben wir nur noch 26 Jahre Zeit. Am Dieselmotor haben wir 130 Jahre geforscht“, sagte Cellcentric-Geschäftsführer Matthias Jurytko mit Blick auf jene Marken, die sich die Staatengemeinschaft für 2050 gesetzt hat. Angesichts des knappen Zeitfensters sei es mehr denn je nötig, Kompetenzen verschiedener Akteure zusammenzubringen.

Damit Unternehmen die Klimaziele und Vorgaben zur Nachhaltigkeit einhalten können, brauche es neben Kooperationen jedoch vor allem finanzielle Mittel. So erklärte es Jasmin Ghubbar, Mitglied der Geschäftsleitung der DSV-Gruppe, die auf 20 Jahre Erfahrung bei der Sparkasse zurückgreifen kann. Während Großkonzerne Nachhaltigkeitsabteilungen aus der eigenen Tasche finanzieren, seien besonders Mittelständler auf Unterstützung angewiesen. Damit sich die Investition in eine Nachhaltigkeitsstrategie dennoch rechte, müssten Unternehmen sich bewusst mit den Vorteilen und Risiken auseinandersetzen. Dafür sei es nie zu spät, so Ghubbar.

In Deutschland fehlt es bereits seit Jahren an Fachkräften. Der Mangel weitet sich mittlerweile auf immer mehr Branchen aus. Lösungsvorschläge gibt es viele. Die Schweiz geht hierbei andere und durchaus erfolgreiche Wege. Auch in Sachen Vertrieb muss sich vor allem der Mittelstand neu orientieren.

Wege aus der Fachkräftemisere

Wie sich Unternehmen für neue Mitarbeiter attraktiv machen können – Auch ein Blick über den Bodensee wäre hilfreich

Von Claudia Kling

FRIEDRICHSHAFEN - Für viele Unternehmen ist klar: Die hohen Energiepreise sind schlimm, aber der Fachkräftemangel ist fast noch schlimmer – und die Lage spitzt sich von Jahr zu Jahr zu. In 200 von rund 1200 Berufen fehlten im Jahr 2022 Fachkräfte, wie aus einer Analyse der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervorgeht. Das waren 52 Berufe mehr als im Jahr zuvor. Oder anders formuliert: In jedem sechsten Beruf waren Fachkräfte knapp.

Dieser Mangel an Arbeitskräften schlägt zunehmend auf den Alltag durch: Plötzlich ist das Lieblingsrestaurant nur noch am Abend geöffnet, und die Wursttheke der regionalen Metzgerei im Supermarkt bleibt für immer geschlossen. Große Unternehmen wie kleine Handwerksbetriebe klagen, dass sie kein Personal mehr finden. Doch Jammern hilft nicht: Das war der Tenor beim BBF-Expertengespräch „Wie bekommen wir den Fachkräftemangel in den Griff?“, das von Uli Reitz, Chefkorrespondent von Focus online moderiert wurde.

Die wichtigste Erkenntnis: Unternehmen, die Arbeitskräfte ge-



Sandra Forster, Mathias Auch, Ann Kathrin Stärkel, Dewi Schönbeck und Detlef Gagg im Gespräch mit Moderator Uli Reitz (v. li.). FOTO: S. TRAUTMANN

winnen und Mitarbeiter nicht verlieren wollen, müssen auf verschiedenen Ebenen tätig werden. „Dazu gehört, Arbeitsumgebungen zu schaffen, wo sich Menschen wohlfühlen, damit sie gerne ins Büro kommen und sich an ihren Arbeitgeber gebunden fühlen“, empfiehlt die Architektin Dewi Schönbeck, Vice President Sales bei der Steelcase GmbH. Ihre Firma, ein Designunternehmen, konzipiert und produziert Büromöbel.

Doch allein durch eine schöne Arbeitsumgebung wird sich das Problem des Fachkräftemangels

wohl nicht lösen lassen. Arbeitsmarktforscher gehen davon aus, dass es eine Nettozuwanderung von 400.000 Personen pro Jahr bräuchte, um das Erwerbspersonenpotenzial konstant zu halten. Die Bundesregierung setzt deshalb auf mehr Zuwanderung von Arbeitskräften – im Juni dieses Jahres wurde eine Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes verabschiedet, die auch geringer Qualifizierten den Weg nach Deutschland ebnet.

Unternehmen und Arbeitsmarktexperten sind allerdings skeptisch, ob das Vorhaben Wir-

kung zeigt. „Indische Software-Entwickler wollen nicht nach Deutschland, sie bevorzugen das Silicon Valley“, sagt Detlef Gagg, Personalchef bei Rolls-Royce Power Systems. „Wir stehen im internationalen Wettbewerb mit anderen Ländern, die um Fachkräfte werben“, betont Mathias Auch, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Konstanz-Ravensburg. Dass Deutschland in diesem Wettbewerb nicht unbedingt die Nase vorn hat, belegt eine Zahl, die Moderator Reitz parat hat: 200.000 gut qualifizierte jüngere Arbeitskräfte wandern pro Jahr aus.

Die Schweizer Firma V-ZUG AG hätte wahrscheinlich nichts dagegen, wenn es dabei bliebe. Denn wie viele Unternehmen und Dienstleister in der Schweiz profitiert der Haushaltsgeräte-Hersteller von der Arbeitsmigration aus Deutschland. Viele Fachkräfte hätten ein hohes Interesse in die Schweiz zu kommen, sagt Sandra Forster, Personalchefin bei der V-ZUG AG. Die Attraktivität der Schweiz als Arbeitsort erklärt sie nicht nur mit den hohen Gehältern, die in der Eidgenossenschaft bezahlt werden – schließlich seien auch die Lebens-

haltungskosten hoch. Die Bewerber aus dem Ausland, beispielsweise Ingenieure aus Deutschland, schätzten an Schweizer Unternehmen, dass sie in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investierten.

Was ist mit den Arbeitnehmern in Deutschland? Sollten sie länger und mehr arbeiten? Und was bringt der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI)? Er halte viel davon, das Erwerbsleben zu verlängern, sagt Mathias Auch. In der Praxis schied nach wie vor viel zu viele Menschen vor dem eigentlichen Rentenanstritt aus dem Berufsleben aus.

Rolls-Royce-Personalchef Gagg räumt ein, dass auch in seinem Unternehmen bei Umstrukturierungen eher die Mitarbeiter entlassen werden, die nahe an der Rente sind – weil es günstiger sei. Dazu komme: In Deutschland sei der Abschlag für diejenigen, die früher in Renten gehen, mit 3,6 Prozent pro Jahr im Vergleich zu anderen Ländern gering.

Dass KI in absehbarer Zeit massenhaft Mitarbeiter ersetzen könnte, erwarten die Experten eher nicht. Ihre Firmen setzen bereits jetzt auf Digitalisierung und den Einsatz von Robotern,

um Mitarbeiter von schweren körperlichen Arbeiten zu entlasten und gleichzeitig Lohnkosten zu senken, so Forster und Gagg.

Eine andere Lösung wäre es, wenn Erwerbstätige mehr arbeiten würden. Vor allem bei Frauen, die oft in Teilzeit arbeiten, mit durchschnittlich 21 Stunden pro Woche, wäre Luft nach oben. Warum das nicht passiert? Das deutsche Steuersystem sei für viele kein Anreiz, die Stundenzahl zu erhöhen, sagt Personalchef Gagg. Um das Potenzial von Frauen auszuschöpfen, sollte sich die Politik Gedanken über die Steuerklasse 5 machen, fordert er.

Dass es vor allem die Jungen sind, die mit Blick auf ihre „Work-Life-Balance“ zu viel Arbeit ablehnen, kann Ann Kathrin Stärkel, Head of Growth and Strategy beim Start-up-Unternehmen Flip GmbH, nicht bestätigen. „Bei uns lässt keiner nach acht Stunden den Stift fallen“, sagt sie. Ganz wichtig sei es allerdings, dass die Mitarbeiter „einen größeren Sinn hinter der Arbeit sehen“. Die jungen Menschen wollten sich in die Gesellschaft einbringen und das Gefühl haben, etwas verändern zu können.

Der lineare Vertrieb war einmal

Die Vermarktung von Produkten in der digitalen Welt ist komplex – Diese Chancen hat der Mittelstand

Von Lea Dillmann

FRIEDRICHSHAFEN - Der Weg war einst völlig klar: Kunde trifft auf Vertriebler und lässt sich von dessen Produkt überzeugen – oder eben nicht. Doch diese Szene spielt sich so nur noch in wenigen Betrieben ab. „Das funktioniert nicht mehr“, sagte Winfried Küppers. Er ist Wissenschaftler und analysiert seit Jahren, wie sich Vertrieb, Kundengewinnung und Lieferantentreue verändern.

Küppers erklärte in Friedrichshafen, warum der Vertrieb heute ein anderer und vor allem komplexer ist: Die Veränderung beginne bereits bei der Entscheidung des Kunden, an welches Unternehmen er sich auf der Suche nach einer bestimmten Lösung überhaupt wende. Diese Entscheidung werde eben nicht mehr im persönlichen Rahmen getroffen, sondern Kunde und Unternehmen seien über digitale Kanäle nur noch wenige Klicks entfernt.

Der Kampf um die Aufmerksamkeit des Kunden findet mittlerweile verstärkt im Internet statt, etwa auf Plattformen wie LinkedIn oder Instagram. Dabei hilft es, sich auf dem Markt bereits einen Namen gemacht zu haben. Auch Podcasts eigneten sich ideal als Vertriebsstrategie, wie Moderator Dirk Hildebrand betont, der auch Audio- und Podcast-Experte ist. Dabei müsse man nicht einmal selber einen Podcast produzieren, es reiche, ab und an als Gast aufzutreten.

Jasmin Ghubbar aus der Geschäftsleitung der DSV-

Gruppe – dem zentralen Finanzdienstleister der Sparkasse – rät mittelständischen Unternehmen: „Ich brauche nicht die größte Marke zu haben.“ Im Mittelstand sei die persönliche Nähe zu Kunden relevant. Dafür könne Social Media ergänzend genutzt werden.

Ghubbar erklärte, über gutes Storytelling könne der Mehrwert der eigenen Produkte sichtbar gemacht werden. Dabei sollten allerdings nicht die Produkte an sich im Zentrum stehen. Vielmehr sollten die Unternehmen ihren potenziellen Neukunden einfach und verständlich aufzeigen, welches Problem bestehe und wie die Lösung des Unternehmens dafür aussehe.

Dabei müsse ein Unternehmen nicht die gesamte Produktpalette für jede Zielgruppe bieten, so Ghubbar. „Zur Prozessoptimierung gehört es dazu, Produkte aufzugeben.“ Bestehende Kunden müssten darüber aufgeklärt und von Alternativprodukten überzeugt werden.

Zwar sind Unternehmen mit einer großen Produktvielfalt laut Winfried Küppers krisenresistenter als andere. Das sei aber nur dann ein Vorteil, wenn man es managen kö-



Winfried Küppers (v. li.), Jasmin Ghubbar und Nico Michels diskutieren mit Moderator Dirk Hildebrand. FOTO: ARMIN BUHL

ne. „Die Gefahr sich zu verzetteln, ist unwahrscheinlich groß.“

Eine weitere Entwicklung, die den Vertrieb massiv beeinflusst: Material ist inzwischen nicht ständig lieferbar. Die „schön planbare Ausgangssituation“ ist vorbei, sagt Nico Michels. Der Maschinenbauingenieur hat mehr als 20 Jahre Führungserfahrung in der digitalen Transformation des Engineerings. Aktuell verantwortet er bei Siemens einen Bereich, der automatisierte und digitalisierte Prozessketten vorantreibt.

Er sagte, wenn Energie, Material und Fachkräfte nicht mehr unbegrenzt verfügbar seien, müssten sich Unternehmen überlegen, wie sie neue Geschäfte entwickelten. Jasmin Ghubbar nennt Leasingmodelle als ein Beispiel. Michels betonte den positiven Effekt von neuen Geschäftsmodellen wie diesem. Sie passten mit dem Nachhaltigkeitsgedanken zusammen und damit ein Stück weit mit der Erwartung vieler Menschen.

Küppers sieht in den Lieferproblemen „einen echten Wettbewerbsvorteil für Zulieferer in Deutschland“. Sie seien nicht auf Containerverschiffung angewiesen, sondern könnten direkt liefern. Durch die Lieferprobleme werde sich auch die Reaktionszeit in Lagern verändern. Bei der Frage, wann ein Lagerbestand wieder so weit gefüllt sei, um Kunden zu beliefern, könnte aus Sicht von Jasmin Ghubbar Künstliche Intelligenz (KI) hilfreich sein.

Im Vertrieb selber wird KI jedoch nicht den Menschen ersetzen, zeigte Winfried Küppers überzeugt. „KI ist toll zur Vorbereitung, aber verkaufen tun Menschen“, so der Wissenschaftler. Vertrieb erfordere vertrauensvolle Maßnahmen. Seine Erfahrung zeige: Unternehmen, die ihr Personal am besten schulen, seien im Verkauf am erfolgreichsten.



Kraftvoll in eine klimaneutrale Zukunft

Gestaltung der Energiewende, Ausbau der erneuerbaren Energien, Klimaneutralität bis 2035: Das sind Eckpunkte unseres Nachhaltigkeitsprogramms.

Dafür planen wir 14 Mrd. € Nettoinvestitionen von 2021 – 2025.
www.enbw.com/engagement

EnBW Energie Baden-Württemberg AG, Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe

Firmenchefs und Konzerne klagen allenthalben über die ausufernde Bürokratie in Deutschland. Darunter leidet auch die Truppe, die angesichts der veränderten geopolitischen Lage dringend nachgerüstet werden muss. Darüber und über die Entwicklung der Geldpolitik wurde beim BBF energisch diskutiert.

Bürokratische Bremsen für die Bundeswehr

Rüstungsprojekte in Deutschland unterliegen einem komplexen Prozess

Von Uwe Jauß

FRIEDRICHSHAFEN - Eine überbordende Bürokratie behindert die nötige Aufrüstung der Bundeswehr. Solche Klagen häufen sich in jüngster Zeit – zumal ja durch das 2022 geschaffene sogenannte Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro genug Geld da sei, heißt es dann. Als Schuldiger wird gerne das Beschaffungsamt der Bundeswehr ausgemacht. Dabei handelt es sich um eine rund 11.000 Personen starke Behörde, die zwar dem Verteidigungsministerium untersteht, aber von der eigentlichen Truppe abgetrennt ist. Dies ist historisch bedingt. Möglicherweise überbordende Wünsche von Generälen sollen so von Zivilisten kontrolliert werden.

Ist aber das Beschaffungsamt tatsächlich eine Hürde, wenn es um mehr Material für die Bundeswehr geht? Ursula Münch, Leiterin der Akademie für Politische Bildung Tutzing, moderierte in Friedrichshafen ein Podium zu dieser Frage. Provokativ stand dazu die These im Raum, Waffenbestellung in Deutschland sei zu bü-



Tiefgründige Diskussion zur Waffenbestellung (von links): Ursula Münch, Hans Christoph Atzpodien, Michael Eßig, Cedric Rehman, Paul Röck.

FOTO: STEFAN TRAUTMANN

rokratisch. Paul Röck berichtete seine Erfahrungen. Er leitet den Vertrieb des Behördengeschäfts bei dem in Friedrichshafen ansässigen Geschäftsbereich Power Systems des britischen Technologiekonzerns Rolls Royce. Dabei geht es vor allem um Antriebe für militärische Landfahrzeuge und Schiffe. Röck greift das Sondervermögen für die Bundeswehr auf. Es würde sich dabei die Frage

stellen, wie schnell die Aufträge bei den Unternehmen ankommen. „Bis da wirklich etwas kommt, vergehen zwölf bis 18 Monate“, berichtete er.

Wobei sich laut seinen Worten die Industrie bereits am ersten Tag des Ukraine-Kriegs auf Anforderungen von staatlicher Seite vorbereitet habe – schon deshalb, weil ein Warten auf deutsche Entscheidungen zu lange gedauert

hätten. „Dann wären wir nicht so weit vorbereitet“, sagte Röck. Er beklagte, dass „komplexe Prozesse“ bei der deutschen Rüstungsbeschaffung „über Nacht nicht wegzubekommen“ seien. Als Beispiel nannte er eine Ausrüstung von Artillerie-Systemen mit Fahrzeugen: „Welcher Lkw? Welcher Panzer? Für eine Entscheidung gehen schon mal zwei Jahre ins Land.“ Laut Röck sei noch nicht einmal die Wiederbeschaffung von Gerät, das die Bundeswehr an die Ukraine abgegeben habe, intensiv angelaufen. In Deutschland sei letztlich ein Streben nach perfekten Lösungen wahrnehmbar – mit entsprechenden Verzögerungen bei der Beschaffung von Rüstungsgütern.

Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, verwies darauf, dass die Bundeswehr „über Jahre runtergespart“ worden sei. Dann habe der Ukraine-Krieg angefangen und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) das Sondervermögen verkündet. Von der Bundeswehr sei eine Wunschliste gekommen.

Dann habe man festgestellt, dass es noch keinen beschlossenen Bundeshaushalt gibt, in dem dieses Geld auch eingeplant ist. Dann sei an Budgetpositionen herumgebastelt worden. Die Folge laut Atzpodien: „Da ist erst einmal nichts bei der Industrie angekommen.“ Bürokratische Hindernisse hätten dies verzögert.

Als Hürde sieht Atzpodien auch die Struktur des Beschaffungsamts der Bundeswehr. Es sei eine zivile Verwaltung, die lange Zeit benötige, um alles unter die Lupe zu nehmen, „damit bloß keine Vorschriften missachtet werden“. Selbst als im Frühjahr alle Vorschriften abseits geltender Gesetze außer Kraft gesetzt worden seien, habe sich kaum etwas verändert. Dazu seien die Vorgänge im Beschaffungsamt einfach zu eingefahren.

Zudem bemängelt auch Atzpodien, dass man sich in Deutschland in einen „nicht zielführenden Perfektionswahn hineinmanövriert“ habe. Bei jedem Projekt würde es etwas geben, das man irgendwie doch noch modifizieren könne. Was zu endlosen Verzögerungen führe.

„Bloß keine Fehler machen.“ So umschreibt Michael Eßig die Geisteshaltung im Beschaffungsamt. Er ist Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität der Bundeswehr in München. Das Problem liege dabei auch daran, dass es viele Zielkonflikte gebe: das Beste für die Truppe, gleichzeitig günstige Produkte, was wirklich gebraucht – die Liste ließe sich fortsetzen.

Eßig erklärte, dass das Beschaffungsamt rund 7900 Vorschriften kenne. 7500 davon seien technischer Art. Der Rest betreffe Prozesse. Dies allein sei aber nicht das Problem. Vielmehr würden diese Vorschriften noch mit Detailvorschriften unterlegt. So müssten etwa Beschaffungen über 25 Millionen Euro ein zweites Mal durch den Bundestag.

Cedric Rehman, ein Journalist, der auch aus Krisengebieten berichtet, treibt noch etwas anderes um. Er glaubt, die Bereitschaft der Deutschen zur Unterstützung der Bundeswehr könne wieder abnehmen. Durch die militärischen Erfolge der Ukraine sei schließlich „das Schreckgespenst Russland kleiner geworden“.

Auf dem Zinsgipfel

Welche Auswirkungen die Geldpolitik der EZB auf Wirtschaft und Verbraucher im Südwesten hat

Von Andreas Knoch

FRIEDRICHSHAFEN - Nach der zehnten Zinserhöhung im Euroraum ist Schluss. Oder doch nicht? Volkswirt Alexander Gruber legt sich fest: „Bei den Leitzinsen in der Euro-Zone ist der Gipfel erreicht.“ Gleichzeitig räumt er mit einem seiner Irrtum auf. Auch wenn die Währungshüter in Frankfurt in kurzer Zeit zehnmal die Zinsen angehoben hätten, könne von einer restriktiven Zinspolitik keine Rede sein. Gruber hat für die EZB sogar Lob übrig. „Aktuell macht die Notenbank ihre Sache gar nicht so schlecht“, sagt der Ökonom.

Wohin steuert die Geldpolitik und mit welchen Auswirkungen müssen die hiesige Wirtschaft und Verbraucher rechnen? Erklärungs- und Deutungsversuchen zu dieser Thematik machten am Donnerstag auf dem Bodensee Business Forum neben Gruber auch Josef Hodrus, Vorstandssprecher der Volksbank Allgäu-Oberschwaben, Markus Kern, Geschäftsführer des Reisemobilherstellers Carthago und Andreas Reisch, Chef des Bauunternehmens Georg Reisch.

Welche Bremsen der aktuellen Zinserhöhungszyklus in den Büchern seiner Bank hinterlässt, skizziert Josef Hodrus anhand von einigen Zahlen: Demnach sind die Kreditanfragen für Immobilien darlehnen im ersten Halbjahr 2023 um 50 Prozent gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum eingebrochen. Das ausge-reichte Kreditvolumen ging gar um 60 Prozent zurück. Auch die Firmenkunden stünden Hodrus zufolge auf der Bremse, würden deutlich weniger Kredite nachfra-

gen – ein Viertel, um genau zu sein. Er habe, sagt Hodrus, in seiner mehr als 35-jährigen Karriere als Banker, „eine solche Situation noch nie erlebt“.

Herrschende Meinung unter Volkswirten und Bankern ist, dass die EZB viel zu spät auf die ausufernde Teuerung reagiert hat – trotz ihres Mandats, das sie allein auf Preisstabilität verpflichtet. Doch im Frankfurter Eurotower unterschätze man lange, was längst offensichtlich war – verließ sich stattdessen auf Inflations-Rechenmodelle, die, das musste die EZB später eingestehen, Fehler hatten.

Hätte man die Konsequenzen des rasanten Zinsanstiegs bei frühzeitigem Reagieren vermeiden können? „Vielleicht“, sagt Josef Hodrus. Nun müsse man die Suppe eben auslöffeln. Dabei – das zeigen jüngste Inflationsdaten – ist man glücklicherweise schon ein gutes Stück vorangekommen. Die Teuerung ist auf dem Rückzug. Vom Inflations-Zielwert, den die Währungshüter „nahe zwei Prozent“ verorten, ist der Euro-Raum gleichwohl noch weit ent-

fernt. Deshalb spricht wenig dafür, dass die Zinsen demnächst wieder sinken könnten. Wirtschaft und Verbraucher müssen sich also auf absehbare Zeit darauf einstellen, dass Geld teuer bleibt.

Das spüren momentan vor allem Kreditnehmer; Anleger hingegen werden bei vielen Sparkassen und Genossenschaftsbanken nach wie vor mit Almosen abgespeist. Josef Hodrus warb dafür um Verständnis: Schließlich habe man den allermeisten Kunden auch keine Strafzinsen berechnet – obwohl die Luft für die Institute zum Ende der Niedrigzinsphase hin immer dünner wurde.

Welche Auswirkungen das hohe Zinsniveau hat, zeigt sich exemplarisch in der Bauwirtschaft. Für Verbraucher, die eine Immobilie mit Krediten finanzieren wollen, rückt der Traum von den eigenen vier Wänden nach der zehnten Zinserhöhung in weite Ferne. „Im Wohnungsbau geht aktuell nichts“, bringt Bauunternehmer Andreas Reisch die Situation auf den Punkt. Dabei, sagt Reisch, sei der Bedarf an Wohnraum in Deutschland riesig. Der Unternehmer erwartet als Konsequenz weiter deutlich steigende Mieten – für die Betroffenen ein Problem, für die Branche mittelfristig aber ein Hoffnungsschimmer: Ab einem bestimmten Mietpreisniveau, so Reischs Rechnung, wird Bauen

wieder attraktiv. „Dann dreht sich die Stimmung.“

In anderen Wirtschaftszweigen nimmt man das augenblickliche Zinsniveau hingegen gelassener hin – zumal Unternehmen mit einer starken Marktposition wichtige Investitionsentscheidungen nicht vom Zinsniveau abhängig machen. „Wir konnten in den vergangenen Boom-Jahren Substanz aufbauen und Investitionen aus eigener Kraft stemmen“, sagt etwa Carthago-Chef Markus Kern. Da sich Carthago konsequent auf das Premiumsegment konzentrierte, also eine sehr zahlungskräftige Klientel im Fokus habe, könne man das veränderte Umfeld gut abfangen. Schwierig seien nicht so sehr die höheren Zinsen, sondern die allgemeine Verunsicherung der Verbraucher durch die Vielzahl sich überlagernder Krisen.

Genau das mache es den Währungshütern aktuell auch so schwer, sagt Volkswirt Gruber, einen Kurs zu finden, der zwar die hohe Inflation bekämpft, gleichzeitig aber die Wirtschaft nicht abwürgt. Dass die EZB momentan so im Fokus steht, kreidet Gruber zu großen Teilen der Politik an. „Die Geldpolitik hat eine Rolle eingenommen, die ihr nie zugehört war. Sie muss sich einspannen lassen, weil die Politik versagt hat“, wettet Gruber. In einer idealen Welt sei die beste Geldpolitik die, die niemand mitbekomme. „Wenn jeder über Geldpolitik redet, dann ist das ein ganz schlechtes Zeichen.“

Gruber kann der aktuellen Situation aber auch Positives abgewinnen: Starke Unternehmen mit intakten Geschäftsmodellen könnten von dem höheren Zinsniveau langfristig sogar profitieren – weil sogenannte Zombie-Firmen, die sich in der Niedrigzinsphase allein durch das billige Geld haben über Wasser halten können, aus dem Markt ausscheiden. Kapitalismus, schlussfolgert Gruber, funktioniert endlich wieder.



EINE BERATUNG IST NUR DANN WIRKLICH GUT, WENN SIE EINE PRAKTIKABLE LÖSUNG AUFZEIGT.

Die BAY GmbH ist eine Wirtschaftsprüfungs- und Rechtsanwaltskanzlei, die sich als Unternehmensberatung an der Nahtstelle zwischen Recht, Finanzen und strategischer Beratung positioniert.

Zusammenarbeit ist bei uns mehr als nur ein Marketing-Versprechen. Es ist unser Erfolgsmodell. Fachübergreifend und interdisziplinär arbeiten Juristen, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater an einem Tisch gemeinsam für das jeweils beste Ergebnis.

Die Welt wandelt sich. Nicht nur unsere Gesellschaft, sondern auch unsere Wirtschaft. Wachstumsorientierte Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert: Permanente Krisenbewältigung, Veränderung der Arbeitswelt, höchst volatile internationale Märkte, Innovationen, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und steigender Wettbewerbsdruck durch disruptive Geschäftsmodelle.

Unser Anspruch ist, für eine nachhaltige Zukunftsperspektive Ihres Unternehmens gemeinsam mit Ihnen die beste Lösung für Ihre Ideen und Ziele zu erarbeiten und zu integrieren.

BAY
WIRTSCHAFT
RECHT
FORSCHWERT

BAY GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Rechtsanwaltskanzlei

Uferweg 11
89131 Lindau im Bodensee
Germany
T +49 (0)82 27 30 79 - 10
F +49 (0)82 27 30 79 - 30

Zweig Niederlassung München
Hilfstr. 8
81677 München, Germany
T +49 (0)89 46 14 90 - 00
F +49 (0)89 46 14 90 - 78

info@bay-gmbh.com
www.bay-gmbh.com



AKADEMIE FÜR
POLITISCHE BILDUNG
TUTZING

WWW.APB-TUTZING.DE

Lust auf Tiefgang? Bildung am Starnberger See

Wir kratzen nicht an der Oberfläche, sondern tauchen tief ein – ins blaue Wasser des Starnberger Sees und in aktuelle politische und gesellschaftliche Themen, wie Digitalisierung, Klimawandel und internationale

Konflikte. Besuchen Sie uns in Tutzing, stellen Sie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Politik und Praxis Ihre Fragen, und genießen Sie Pausen am hauseigenen Badesteg der Akademie.

Digitale Angebote der Akademie

Kostenlose Online-Veranstaltungen, Podcast „Akademie fürs Ohr“, Digitalausgabe des Magazins Akademie-Report.



Diskutierten mit Moderator Hendrik Groth über Geldpolitik: Alexander Gruber, Josef Hodrus, Markus Kern und Andreas Reisch (von links).

FOTO: ARMIN BUHL

Die sich ändernde Weltordnung fordert auch Veränderungen von der EU. Auch in Friedrichshafen bemängeln die Experten zu viele Regularien und zu viel Bürokratie aus Brüssel. Dies hemme die Wirtschaft in der Eurozone. Doch besonders im Südwesten gibt es Hoffnungsschimmer.

Europa muss handlungsfähig bleiben

Expertenrunde kritisiert bürokratischen „Irrsinn“ aus Brüssel und blickt mit Sorge auf die EU-Wahl im nächsten Jahr

Von Florian Peking

FRIEDRICHSHAFEN - Russlands Krieg in der Ukraine hat gezeigt: Es kann sich rächen, wenn die EU sich etwa bei Rohstofflieferungen zu abhängig von einer anderen Weltregion macht. Ein Fehler, der sich nicht wiederholen darf – da waren sich Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Medien beim Bodensee Business Forum von Schwäbisch Media einig. Doch was folgt daraus? Mehr Autarkie für die EU sei wichtig, doch die weltweite Vernetzung dürfe dabei nicht auf der Strecke bleiben, so die Experten. Zudem müssten bei den entscheidenden Themen wie der Migration Lösungen her, damit die EU vor dem Hintergrund der nächsten Wahl 2024 überhaupt handlungsfähig bleibe.

„Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Und das trifft auf die europäische Politik oft zu“, sagte Tim Guldemann, Politikwissenschaftler und ehemaliger Schweizer Botschafter. Ralph Sina pflichtete ihm bei. Der Journalist war lange politischer Korrespondent des WDR, unter anderem in Brüssel. Er verwies als Beispiel



Ralph Sina (Mitte) kritisiert „Bürokratiemonster“ der EU. FOTO: S. TRAUTMANN

auf das geplante europäische Lieferkettengesetz. Es soll Menschenrechte und Umweltnormen in Lieferketten berücksichtigen, könnte aus Sinas Sicht aber fatale Auswirkungen haben. „Ich kenne einige Kleinbauern aus Zentralafrika, die uns in Deutschland unseren Kaffee liefern. Die bekommen die geforderte Dokumentation überhaupt nicht hin“, sagte er. Niemand in Brüssel habe sich die

Perspektive der Bauern vor Ort angehört. „Wenn dieser Irrsinn so kommt, sind diese afrikanischen Kleinbauern finanziell tot“, warnte der Journalist.

„Ich glaube schon, dass die Konsumenten bei Themen wie Lieferketten und Kinderarbeit sehr genau hinschauen und einen gewissen Anspruch haben“, entgegnete Florian Hassler (Grüne). Hassler ist seit 2021 Staatssekre-

tär im Staatsministerium und Vertreter des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union. Man dürfe diese Ansprüche nicht pauschal beiseitewischen. „Aber es kommt aufs richtige Maß an“, sagte er. Es könne zum Beispiel nicht sein, dass Firmen für etwas haften müssen, das ein Subunternehmen in der Lieferkette verbrochen hat. „Da braucht es mehr Pragmatismus“, räumte Hassler ein.

Es reiche nicht, nur den europäischen Gedanken zu thematisieren, merkte Peter Sölkner, Geschäftsführer vom Ravensburger Pharmadienleister Vetter Pharma, an. Die Forderung nach mehr Autarkie sei verständlich, aber „nur Europa wird in der Form nicht funktionieren“. Zum Beispiel würden heute bereits zwei Drittel der neu erforschten Medikamente in China entdeckt. Und auch in den USA seien die Rahmenbedingungen für Unternehmen deutlich besser. Die weltweite Zusammenarbeit sei entscheidend, sagte Sölkner. Deshalb finde er es „schwierig“, dass in der derzeitigen deutschen Außenpolitik die „moralische Keule mitgeliefert“ werde und sich Ministerin

Annalena Baerbock (Grüne) als „Schulmeisterin“ entpuppe. „So etwas hat auch Konsequenzen“, warnte er.

„Wir brauchen keine Autarkie, wir brauchen gute Handelsbeziehungen, die wir nicht moralisch verfrachten dürfen“, pflichtete Sina bei. Bei der Debatte um das europäisch-kanadische Wirtschaftsabkommen CETA etwa hätten Abgeordnete in Brüssel demonstriert – während sich Europa zeitgleich „hemmungslos“ mit Gas aus Russland versorgt habe. Es ärgere ihn, dass es immer noch kein entsprechendes Abkommen mit Lateinamerika und keine Vernetzung mit Australien gebe. „Das müssen wir endlich unter Dach und Fach kriegen“, so Sina. „Die Globalisierung darf nicht abgeschafft, sondern sie muss neu gestaltet werden“, sagte auch Tim Guldemann.

Es brauche ein Europa, das entscheidungs- und handlungsfähig ist, so Guldemann weiter. Aber das sei gefährdet – durch populistische Regierungen, die die EU mehr und mehr ablehnten. Das bezeichnete auch Ralph Sina als „Riesenproblem“. „Es ist wie in einer Beziehung: Wenn man sich

auf elementare Grundwerte nicht mehr einigen kann, wird es schwierig“, sagte der Journalist. Brüssel werde von Staaten wie Ungarn und Polen als „Buhmann“ benutzt, um die eigene Machtpositionen zu stärken. Und mit „Bürokratiemonstern“ wie dem Lieferkettengesetz schade sich die EU selbst. „Da müssen wir aufpassen, das kann die Leute extrem verärgern“, stellte Ralph Sina fest.

Gleiches gelte für die Migration. „Das Thema hat das Potenzial, Europa in eine schwere Schiefelage zu bringen“, stimmte Hassler zu. Umso wichtiger sei es, dass europäische Lösungen gefunden werden, konstatierte der Politiker. Darauf drängte auch Guldemann. „Politik besteht in der Regel aus der Wahl zwischen unangenehmen oder schlechten Lösungen“, merkte er an. Das müssten die Verantwortlichen in Brüssel erkennen und das Thema angehen. Er plädierte für ein Ende der „Schönrederei“. Oder wie es Politikwissenschaftlerin Ursula Münch, die das Gespräch moderierte, am Ende zusammenfasste: „Deutschland und Europa brauchen mehr ehrliche Debatten.“

„Noch ist nichts verloren“

Experten im Gespräch über die Zukunft der Automotive-Branche

Von Thomas Hagenbucher

FRIEDRICHSHAFEN - Die diesjährige IAA in München war ein Alarmsignal: Die traditionsreiche deutsche Schau wurde nicht nur unter der Hand die Automobilmesse der Chinesen genannt. BYD und andere Anbieter aus dem Reich der Mitte präsentierten stolz ihre E-Fahrzeuge und stellten den einen oder anderen deutschen Hersteller damit deutlich in den Schatten. Steht die deutsche Automobil- und Zulieferindustrie möglicherweise vor dem Aus? Eine dramatisch wichtige Frage, die Moderator Hendrik Groth, der Initiator des BBF bei Schwäbisch Media, aufwarf. Schließlich sind bundesweit gut eine Million Menschen in der Automobil- und Zulieferindustrie beschäftigt.

„Es gab vier große disruptive Veränderungen in der Automobilindustrie: Erst kamen die Japaner auf den deutschen Markt, später die Koreaner, dann Tesla und jetzt die Chinesen“, berichtet Thilo Ketterer. Der Wirtschaftsprü-

fer ist Partner bei „Rödl & Partner“ und berät namhafte europäische Unternehmen bei der Expansion nach und in China. Die deutschen Hersteller hätten bei jeder Disruption gleich reagiert, erinnert sich Ketterer: „Zuerst wurde der neue Wettbewerber ignoriert, dann unterschätzt, dann hat man die neue Konkurrenz schlechtgeredet und erst dann haben die deutschen Automanager kapiert, dass sie etwas tun müssen“, berichtet der Experte. Er hat aber auch eine gute Nachricht: „Bisher haben sie es immer geschafft, sich an eine neue Situation anzupassen.“

Doch gelingt dies auch dieses Mal? Harald Marquardt, Vorstandsvorsitzender der Marquardt-Gruppe, ist da nicht sonderlich optimistisch. Denn die Situation sei nun eine völlig andere, beobachtet der Chef des Familienunternehmens aus Rietheim-Weilheim bei Tuttingen. Der Angriff der Japaner vor 30 Jahren sei ein wertvoller Weckruf gewesen, erinnert er sich. „Wir haben uns

damals in der Branche unsererer Stärken besonnen und uns auch Dinge von den Japanern abgeschaut“, erzählt der Inhaber des Zulieferers. „Wir sind und waren eigentlich wettbewerbsfähig, wurden aber eines riesigen Vorteils beraubt: des Verbrennungsmotors“, sagt Marquardt über die heutige Situation. „Das, was wir hier in Deutschland am besten können, schaffen wir ab – aus hohlen Gründen zwar, aber ohne richtige Alternative“, kritisiert der Automotive-Manager. Die Rahmenbedingungen seien zu Lasten der deutschen Industrie verändert worden – ohne einen Plan B zu haben. Ein späteres Ende des Verbrenners wäre sicher die bessere Lösung gewesen.

„Der Wettkampf ist noch nicht verloren“, macht dagegen Jana Plananska, Expertin und unabhängige Beraterin für Smart- und Elektromobilität, Mut. Die Kunden hätten immer noch sehr großes Vertrauen in deutsche Autos. Aber sie wollten eben nicht nur SUVs, sondern auch günstige E-Fahrzeuge und Familienautos.

Doch wie kann man den aktuellen Angriff der Chinesen abwehren? Zölle, wie sie jüngst EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erwogen hat, sieht die Expertenrunde durchweg kritisch. „Strafzölle auf chinesische E-Autos zahlen im Endeffekt die Verbraucher durch höhere Preise“, sagt Daniel Onggowinarso, Geschäftsführer des Caravaning Industrie Verbands.

Doch gibt es bei aller Sorge auch Grund zur Zuversicht? „Die deutsche Industrie hat sich immer wieder neu erfunden. Es wird weitergehen“, macht Onggowinarso Mut. Und auch dieses Mal wird es sicher sinnvoll sein, sich ein Beispiel an den neuen Wettbewerbern zu nehmen. „Wir müssen China auch als Vorbild sehen und nicht nur als Rivalen“, so das Fazit von Experte Ketterer.



Unternehmer Harald Marquardt (Mitte) diskutiert mit Moderator Hendrik Groth und Expertin Jana Plananska. FOTO: ARMIN BUHL



Von der Apotheke zum Global Player

Wir gestalten Zukunft

Mit mehr als 6.000 Mitarbeitenden sind wir weltweit erfolgreich und der Region verbunden. Als unabhängiges Familienunternehmen aus Ravensburg haben wir viel erreicht – und noch viel mehr vor.

Lernen Sie Vetter kennen!
vetter-pharma.com

Rely on us.



FOTO: STEFAN TRAUTMANN



Tobias Krohn, Leiter Unternehmensentwicklung der SV Gruppe, eröffnet das 6. Bodensee Business Forum im Graf-Zeppelin-Haus Friedrichshafen.
FOTO: STEFAN TRAUTMANN



Die Diskussion über Künstliche Intelligenz moderiert Kinza Khan von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.
FOTO: ARMIN BUHL



Bodensee Business Forum 2023

Eine Veranstaltung von Schwäbisch Media

Vernetzen statt verzweifeln:
Chancenreich in die Zukunft

Graf-Zeppelin-Haus
Olgastraße 20
88045 Friedrichshafen
28. September 2023

Alle Informationen und Hintergründe zum Bodensee Business Forum 2023 im Netz auf

go.schwaebische.de/bbf23



BBF zum Hören

Den Podcast vom BBF hören Sie auf bodensee-business-forum.de/bbf-podcast/



Apple Podcasts



Spotify



Die Sendung „Chefsache Spezial“, die beim BBF aufgezeichnet wurde, wird an folgenden Terminen von Regio TV Bodensee ausgestrahlt:

Di. 03. Okt. 21:00 und 23:00

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945
Erscheinungsweise: Täglich - Erscheinungsorte: Aalen, Albstadt, Balingen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Laugheim, Leutkirch, Lindau, Ravensburg, Riedingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion
Chefredakteure: Jürgen Mladek, Andreas Müller, Mitglieder der Chefredaktion: Robin Halle, Katja Korf, Jochen Schlosser;
Leitender Redakteur (Editorenpool): Dirk Augustin
Politik: Jochen Schlosser; Wirtschaft: Thomas Hagenbucher;
Journal/Kultur: Antje Merke; Sport: Martin Deck;
Beilagen/Wochenende: Simone Haefele;
Gestaltung: Hassan Al Mohtazib
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16
Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf
Redaktion Berlin: Claudia Kling
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel

Verlag
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;
Telefon 0751 / 2955-0, Telefax 0751 / 2955-991499
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139
Geschäftsführer: Lutz Schumacher
Verantwortlich für Anzeigen: Boris Lazar
Marketing und Vertrieb: Marcel Pfeifer
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann
Verantwortliche für Zeitungproduktion: Anita Löst

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 77a vom 14.8.2023. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Aussperrung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555
Telefax: 0751 / 29 555 556
E-Mail: aboservice@schwaebische.de
E-Mail: redaktion@schwaebische.de
Druck: SV Druck GmbH & Co. KG Ravensburg, Druckhaus Weingarten



FOTO: ARMIN BUHL



Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer (Mitte) im Austausch mit Podcast-Experte Dirk Hildebrand (l.) und BBF-Initiator Hendrik Groth.
FOTO: FOTOGRAFIE TRAUTMANN



FOTO: EVA MARIA KARRER



Angeregte Gespräche bei sommerlichen Temperaturen direkt am Bodenseeufer.
FOTO: STEFAN TRAUTMANN



Der Gouverneur der Provinz Dohuk der kurdischen Autonomiegebiete im Nordirak, Ali Tatar, wird von dem Vorsitzenden der SPD Baden-Württemberg, Andreas Stoch, beim BBF begrüßt.
FOTO: STEFAN TRAUTMANN



Vetter-CEO Peter Sölkner (rechts) unterhält sich in der Pause mit Teilnehmern der Veranstaltung.
FOTO: STEFAN TRAUTMANN